

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Zeile 20 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Zeile 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorchriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Geschäftsstand
für beide Teile ist Calw

Calwer Tagblatt

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis:
In der Stadt 35 Goldpfennige
außerhalb mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 35 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Sernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei

Nr. 29

Samstag, den 4. Februar 1933

Jahrgang 105

Rabinettsberatungen zur politischen Lage

Vorerst keine Terrornotverordnung geplant - Der Reichskanzler vor der Auslandspresse

U. Berlin, 4. Febr. Gestern nachmittag fand eine Besprechung der Reichsminister über die politische Lage statt, die abends in zweistündiger Sitzung fortgesetzt wurde. Beschlüsse wurden nicht gefasst. Wie verlautet, befaßte sich das Kabinett insbesondere mit den Maßnahmen, die gegen Presseauschreitungen ergriffen werden sollen. Es ist jedoch nicht anzunehmen, daß die Verordnung hierüber bereits heute erlassen wird. Wirtschaftliche Fragen wurden in der Kabinettsitzung nicht erörtert.

Zu der Meldung eines Berliner Mittagsblattes, daß in Regierungskreisen der Gedanke einer neuen Terrornotverordnung erwogen werde, wird von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß es sich bei dieser Nachricht um weitgehende Kombinationen handele. Es sei keine Terrornotverordnung beabsichtigt, auch keine Erweiterung der jetzt gültigen Rechtsbestimmungen der Todesstrafe und keine Verordnung über die Wiedereinführung von Sondergerichten. Es hätten in der letzten Zeit allerdings im Reichskabinett ansehnliche der Zunahme der Unruhestörungen Erwägungen geübt, die aber noch nicht zum Abschluß gekommen seien. Es wird darauf hingewiesen, daß Reichsminister Dr. Brücker in seiner ersten Erklärung vor der deutschen Presse am Montagabend ausgeführt habe, daß die Reichsregierung nur dann zu außerordentlichen Maßnahmen greifen würde, wenn sie von der anderen Seite dazu gezwungen werden sollte.

Wie aus Berlin verlautet, ist zum Nachfolger des Staatssekretärs Zweigert im Reichsinnenministerium Geheimrat P. F. Müller ernannt worden. Er gehört seit 1932 der NSDAP an.

Ueberwachungsausschuss des Reichstags einberufen

Der Reichstagsausschuss zur Wahrung der Rechte der Volkvertretung ist von seinem Vorsitzenden, dem Abg. Böbe (Soj.) für Dienstag, den 7. Februar, 11 Uhr einberufen worden. Auf der Tagesordnung stehen ein sozialdemokratischer Antrag auf Sicherung der Freiheit der Wahl und der Wahlagitatorik und sozialdemokratische und kommunistische Anträge über die Unterbindung der Dst-Hilfe. Der Ueberwachungsausschuss wird die von der Regierung vom Unterausschuss des Haushaltsausschusses zurückgenommenen Hilfsanträge von neuem anfordern.

Der Reichstädtetbund an den Reichskanzler

Der Reichstädtetbund teilt mit: Die Not der mittleren und kleinen Städte hat durch den rapiden Rückgang ihrer Einnahmen ein so starkes Ausmaß erreicht, daß ihnen eine ordnungsmäßige Finanzwirtschaft seit langem nicht mehr möglich ist. Es ist ein staatspolitisch unerträglicher Zustand, daß eine große Zahl von Städten nicht einmal in der Lage ist, ihre Gehälter, Löhne und so weiter aufzubringen. Ebenso ist es untragbar, daß viele Städte gezwungen

sind, um ihre Arbeitslosen zu befriedigen, Landessteuern einzubehalten und ihre sonstigen Zahlungen für Zinsen und Tilgungsquoten ihrer Kredite und für Lieferungen aller Art gegenüber dem notleidenden Mittelstande einzustellen.

Der Reichstädtetbund richtet daher in einer Eingabe an den Reichskanzler als Spitzenorganisation von 1560 Mittel- und Kleinstädten den dringenden Ruf an die Regierung, diesem öffentlichen Notstand durch eine beschleunigte Entscheidung endlich ein Ende zu bereiten. Der Reichstädtetbund hofft, daß es über die zu ergreifenden Maßnahmen zu einem schnellen Entschluß kommen wird. Die beiden einzigen Heilmittel sind nach einhelliger Auffassung der Gemeinden und ihrer Spitzenverbände eine sofortige organisatorische Vereinheitlichung der Arbeitslosenhilfe zwecks Vereinfachung und Verbilligung der Arbeitslosenlast, und zwar in den Händen der Gemeinden und ihrer Spitzenverbände am nächsten stehen und ihre Verhältnisse am besten zu beurteilen wissen und eine selbständige Finanzierung der vereinheitlichten Arbeitslosenhilfe durch das Reich unter Befreiung der Gemeinden von den für sie untragbaren Ausgabenlasten.

Der Reichskanzler vor der ausländischen Presse

Die „Associated Press“ veröffentlicht nach einer Meldung des „Börslichen Beobachters“ eine Unterredung des Reichskanzlers Adolf Hitler mit ihrem Chefkorrespondenten. Auf die Frage nach einer Erläuterung des Vierjahresplans der Regierung antwortete Reichskanzler Hitler: „Ich freue mich, daß Sie diese Frage gestellt haben. Wenn ich eine Propagandarede für meine Partei hätte vortragen wollen, so hätte ich versprechen können, daß die Arbeitslosigkeit am 15. März verschwunden sein würde und daß am 1. Mai die Landwirtschaft auf ihren alten Stand zurückgebracht wäre. Aber ich bin ehrlicher als die meisten meiner Gegner und habe daher keine solchen Versprechungen gemacht. Es ist unmöglich, das Staatsgeschick so leicht in den rechten Kurs zu bringen. Dazu bedarfes Zeit. Alles was ich verlange, sind vier Jahre.“ Wächend fügte der Kanzler hinzu: „Denken Sie daran, daß ich beherzlich bin. Ich habe starke Nerven. Wenn ich nicht voll Entschlußkraft wäre, so stände ich heute nicht vor Ihnen.“

Im Anschluß an diese kurze Unterredung wurde eine Reihe Korrespondenten der englischen und der amerikanischen Presse empfangen, vor denen der Kanzler u. a. erklärte: „Ich hoffe, die Welt weiß, was in Deutschland vorgeht. Ich appelliere an die Weltpresse, kein vorzeitiges Urteil über die Ereignisse, die jetzt ablaufen, zu fällen. Ich bitte Sie, die neue Regierung nach ihren Taten zu richten und die Taten selbst in ihrer Gesamtheit zu nehmen und nicht etwa in isolierte Teilausschnitte zu zerpfücken.“

Die Kritik am französischen Sicherheitsplan

England lehnt ab und fordert praktische Abrüstung -- Selbst Belgien hat Bedenken

Genf, 4. Febr. Der Hauptausschuss der Genfer Abrüstungskonferenz setzte die allgemeine Aussprache über den französischen Sicherheitsplan fort. Als erster Redner setzte sich der englische Vertreter Eden mit dem französischen Plan kritisch auseinander. Der französische Plan suche neue Sicherheiten. Diese ständige Suche nach neuen Sicherheiten beruhe jedoch auf der Gefahr in sich, daß man darüber die alten schon bestehenden Sicherheiten vergesse, die des Völkerbundes, des Kelloggpatentes und des Locarnovertrages. England könne aber über das Maß von Sicherheit, das es durch seine Bindungen im Völkerbundspakt und im Locarnopakt gewöhnt, nicht hinausgehen. Ein Koordination der verschiedenen vorliegenden Pläne sei die nächste Aufgabe der Konferenz. Deshalb habe auch England inzwischen sein praktisches Arbeitsprogramm eingereicht. Im Gegensatz zu dem französischen Plan bezeichnet Eden die Notwendigkeit einer allgemeinen sofortigen Herabsetzung aller Rüstungen als die entscheidende und alleinige Aufgabe der Abrüstungskonferenz. Die öffentliche Meinung der ganzen Welt verlange, endlich praktische Ergebnisse auf diesem Gebiet zu sehen.

Die darauf folgende Rede Benesch (Tschchoslowakei) war ein einziges Lob des französischen Planes. Sie begann mit der rückhaltlosen Zustimmung zu diesem Plan, vor allem, da er praktisch kontinental begrenzt und nicht undurchführbare universelle Lösungen vorsehe und zwischen den verschiedenen Prinzipien der Sicherheit, der Gleichberechtigung und der gegenseitigen Unterstützung eine unlösliche Abhängigkeit herstelle. Auch der belgische Vertreter Bourquin bekräftigte den französischen Plan, wenn er auch hervorhob, daß er durch andere Pläne ersetzt werden könne.

Er äußerte jedoch ernste Zweifel über die Zweckmäßigkeit der vorgeschlagenen Internationalisierung der schweren Waffen. Er trat für einen einheitlichen Armeestyp mit kurzer Dienstzeit ein, wies jedoch darauf hin, daß ohne England ein europäisches Sicherheitssystem nicht möglich sein werde.

Regierungserklärung in Paris

U. Paris, 4. Febr. Die französische Kammer hat der neuen Regierung Daladier nach Abschluß der Aussprache über die allgemeine Politik mit 370 gegen 200 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen. Die Aussichten für die Lebensdauer des neuen Kabinetts werden trotzdem weiterhin ungünstig beurteilt.

Die Regierungserklärung, die Ministerpräsident Daladier verlas, war nur kurz und enthielt keinerlei genaue Hinweise auf die Absichten der Regierung. Sie beschränkte sich vielmehr darauf, auf die Notwendigkeit der Wiederherstellung des Haushaltsgleichgewichts und der Staatsautorität hinzuweisen. Zugleich wurde dem Bedauern Ausdruck gegeben, daß es nicht gelungen sei, die Sozialisten zur Mitverantwortung zu bewegen. In außenpolitischer Hinsicht werde die Regierung um den internationalen Frieden besorgt sein. Die Regierung wolle die Sicherheit, die Sicherheit Frankreichs und die Sicherheit aller Völker, die bei gleichen Rechten auch gleiche Pflichten haben müßten. Ohne sie gebe es kein Vertrauen in der Welt, keine wirtschaftliche Wiederaufrichtung, keinen nützlichen Abrüstungsplan und noch weniger eine allgemeine Schiedsgerichtsbarkeit.

Tages-Spiegel

Das Reichskabinett befaßte sich gestern erneut mit der politischen Lage. Eine Terrornotverordnung soll vorerst nicht geplant sein, doch erwägt man Maßnahmen gegen Presseauschreitungen.

Gegenüber Gerüchten von einer bevorstehenden Zinszwangs-konvertierung wird von zuständiger Stelle darauf hingewiesen, daß diese Gerüchte jeder Grundlage entbehren.

Der Reichstädtetbund hat einen Ruf an den Reichskanzler gerichtet und Hilfe für die Klein- und Mittelstädte gefordert.

Auch gestern ist es wieder im Reich zu zahlreichen politischen Zusammenstößen gekommen. In Berlin gab es 2, in Duisburg-Gamborn 1 Tote. Die Zahl der Schwerverletzten in einigen Städten des Ruhrgebiets und Sachsens ist erheblich.

Der Reichspräsident empfing gestern den ständigen Vertreter des deutschen evangelischen Kirchenbundes für Brasilien, Probst Kunde, und übergab ihm ein Grußwort an die Deutschen in Brasilien. Der Reichspräsident besuchte ferner das Berliner Welt- und Jahrtournee.

Der Württembergische Landtag hat in seiner gestrigen Sitzung durch Aenderung der Geschäftsordnung die Rechte des Präsidenten neu festgelegt.

RPD. einer geheimen Leitung unterstellt

Neue Anweisung der Komintern

U. Rom, 4. Febr. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat das westeuropäische Büro der Komintern im Zusammenhang mit den letzten Maßnahmen der Reichsregierung gegen die RPD, der Partei neue Richtlinien gegeben. Danach soll die Arbeit der RPD sich hauptsächlich auf illegale Tätigkeit erstrecken. Die Leitung der RPD wird einem geheimen Kampfkomitee aus drei Personen übertragen, dem die offizielle Parteileitung unterstellt wird. Dieses geheime Komitee soll vor allen Dingen verhindern, daß die Schlagkraft der RPD durch die Maßnahmen der Reichsregierung leidet.

Waffenfunde in Wiener Neustadt

U. Wien, 4. Febr. In Wiener-Neustadt nahmen Polizei und Gendarmerie mit Unterstützung des Militärs eine Durchsuchung des Arbeiterheims und der darin untergebrachten sozialdemokratischen Druckerei vor. Es wurden gefunden: sieben Maschinengewehre, dazu je 2 Gewehre, 39 Karabiner, 39 Infanteriegewehrläufe, 74 Bajonette, 31 000 Schuß Infanteriemunition und 145 Maschinengewehr-Gurten.

Die Waffenbeschlagnahme in Wiener-Neustadt führte zu einer erregten Auseinandersetzung im Parlament. Die Sozialdemokraten behaupteten, es handle sich um Waffen, die ihnen in legaler Weise zur Zeit der Verteilung des Burgenlandes zugekommen seien. Nach einer Tatsachendarstellung des Bundeskanzlers stellte der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Deutsch die Behauptung auf, es lägen in Dirshberg noch zehntausende von Gewehren und hunderte von Maschinengewehren in einem besonderen Depot, das er dem Bundeskanzler namhaft gemacht habe, unter Bewachung der Heimwehren. Der Bundeskanzler erwiderte, diese Behauptungen seien unrichtig und grenzten an Hochverrat.

Politische Kurzmeldungen

Der Reichsminister des Innern weist darauf hin, daß die Frist zur Einreichung der Kreiswahlvorschläge am 16. Febr. abläuft. — Nach der „D.A.Z.“ wird die Reichsregierung einen Wahlauftrag erlassen. Zwischen Regierungsgruppen haben Erörterungen über gemeinsame Führung des Wahlkampfes stattgefunden, gemeinsame Wahllisten sollen jedoch nicht aufgestellt werden. — Wie der „Angriff“ von zuständiger Stelle erfährt, besteht die Absicht, so schnell wie möglich kommunale Neuwahlen in ganz Preußen durchzuführen. Sämtliche gemeindlichen Vertretungen würden damit der Auflösung verfallen, da sie zum allergrößten Teil in ihrer Zusammenfassung dem Volkswillen nicht mehr entsprechen. — Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete, Studienrat a. D. Bernhardt Ruff, ist an Stelle des zurückgetretenen Prof. Kachler zum kommissarischen preussischen Kultusminister ausersehen. Seine Ernennung dürfte in Kürze erfolgen. — Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ schreiben, sie hätten aus durchaus zuverlässiger Quelle erfahren, daß Reichskanzler Hitler demnächst den Reichsbankpräsidenten Dr. Luther zu sich bitten wolle, um ihn zur Amtsniederlegung aufzufordern. — Der kommissarische preussische Innenminister Goering hat einen Erlaß an alle Regierungspräsidenten gerichtet, der durch Polizeifunk den nachgeordneten Stellen übermittelt wurde. Der Erlaß betont, daß ein schärferes Vorgehen gegen kommunistische Unruhebestimmungen notwendig sei.

Deutsche Kritik auf der Abrüstungskonferenz

Botschafter Nadolny über den französischen Abrüstungsvorschlag

Genf, 3. Febr. Im Hauptauschuss der Abrüstungskonferenz, der am Donnerstag mit der allgemeinen Aussprache über den französischen Abrüstungsplan begann, legte der deutsche Vertreter, Botschafter Nadolny den deutschen Standpunkt dazu dar. Er erklärte unter anderem: Die deutsche Regierung legt den größten Wert darauf, daß die Abrüstung so schnell wie möglich durchgeführt wird. Sie steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß ihr ein vertragliches Recht auf die allgemeine Abrüstung zusteht und daß die Erfüllung dieses Anspruchs, auf die sie nun schon mehr als ein Jahrzehnt gewartet hat, nicht mehr länger aufgeschoben werden darf. Und sie steht ferner nach wie vor auf dem Standpunkt, daß nur der Abschluß einer Abrüstungskonvention in Frage kommen kann, die für alle Konferenzteilnehmer und damit auch für sie selbst den Erfordernissen des Artikels 8 des Pactes Rechnung trägt. Dies ist der unveränderte deutsche Standpunkt seit dem Beginn der Konferenz, den der deutsche Reichsfanzler noch gestern abend bestätigt hat.

Der Ueberblicklichkeit wegen möchte ich mich zu den beiden Hauptteilen des französischen Planes in folgender Reihenfolge äußern: 1. Zu dem militär-technischen Teil; 2. zu den juristisch-politischen Vorschlägen. Hinsichtlich des militär-technischen Teiles

möchte ich zunächst feststellen: Zur Verwirklichung einer tatsächlichen und weitgehenden qualitativen Abrüstung und Beschränkung des Materials finde ich leider in dem französischen Plan keinen positiven Vorschlag. Dieser ist aber notwendig, wenn der im Dooverplan ausgesprochene und von der Konferenz bereits angenommene Grundsatz praktisch durchgeführt werden soll, daß die Angriffskraft der Staaten geschwächt, ihre Verteidigungsmöglichkeit gestärkt werden soll. Ich kann mir allerdings von einer Fortsetzung der bisherigen ergebnislosen monatelangen Beratungen der Sonderkomitees in dieser Frage kein Ergebnis versprechen. Ich halte es für eine unerlässliche und besonders dringliche Aufgabe der Konferenz, ohne erneute technische Untersuchung im Wege der Abstimmung über die vorliegenden oder noch einzubringenden Anträge zur qualitativen Abrüstung klar festzustellen, wie weit die Konferenz in der Verminderung der Angriffswaffen gehen will.

Nach dem französischen Plan soll nun das Angriffsmaterial nicht wirklich abgeschafft werden, sondern erhalten bleiben, indem es teils zur Ausrüstung der nationalen Kontingente einer Völkerbundarmee verwendet, teils in dem Bande des bisherigen Besitzers zur Verfügung des Völkerbundes gehalten werden soll. Die deutsche Abordnung ist der Auffassung, daß eine solche Maßnahme die qualitative Abrüstung illusorisch machen würde. Nach ihrer Ansicht muß das gesamte Material, das in Zukunft nicht mehr erlaubt sein soll, innerhalb einer festgesetzten Zeit vernichtet werden. Das ist das einzige Mittel, um in kürzester Zeit zu der wirklichen Abrüstung zu gelangen. Abgesehen von den Vorschlägen zur Verminderung der Seerüstungen fehlen in dem französischen Plan auch über die quantitative Abrüstung bestimmte positive Vorschläge. Was

den juristisch-politischen Teil

anbetrifft, so vertritt die französische Delegation den Standpunkt, daß für jeden Schritt auf dem Gebiete der Abrüstung parallele Schritte auf dem Gebiete der vertraglich festgesetzten Sicherheitsgarantien notwendig sind. Zunächst

aber muß ich eines feststellen: Die Auffassung, daß die von dieser Konferenz erwarteten Maßnahmen auf dem Gebiete der Abrüstung nur parallel mit einem Ausbau der internationalen Friedensordnung möglich sind, hat in den unferer Arbeit zugrundeliegenden Bestimmungen keine Begründung.

Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Erfüllung der Aufgabe der gegenwärtigen Konferenz nicht von neuen vertraglichen Sicherheitsgarantien juristisch-politischer Art abhängig gemacht werden darf.

Obgleich die Abrüstung hiernach an die Vorbedingung neuer vertraglicher Sicherheitsgarantien geknüpft werden kann, hat sich die deutsche Regierung stets bereit erklärt, Anregungen zur Schaffung neuer Garantien zu prüfen und sich eventuell an Vereinbarungen dieser Art zu beteiligen. In diesem Sinne haben wir in der Vereinbarung vom 11. Dezember 1932 unsere Bereitwilligkeit zur Teilnahme an einer Erklärung aller europäischen Staaten ausgesprochen, unter keinen Umständen zur Gewalt zu greifen, um eine gegenwärtige oder künftige Schwierigkeit zu lösen, und ich darf diese Bereitwilligkeit meiner Regierung auch im Rahmen dieser wichtigen Diskussion nochmals aussprechen. In demselben Sinne sind wir auch bereit, uns an der Prüfung der neuen französischen Vorschläge auf dem juristisch-politischen Gebiet zu beteiligen.

Es bleibt mir nur noch übrig, mich über die französische Anregung auf dem Gebiet der Ermöglichung einer internationalen Exekutive kurz zu äußern, also über die Völkerbundarmee und die Bestimmungen über die Luftfahrt. Ich verneine keineswegs die Möglichkeit, daß eine weitere Entwicklung in der Zustimmung der Völker dazu führen kann, als Schlüsselstein eines Friedensgebäudes auch eine internationale Armee zu schaffen, vorausgesetzt, daß sich der Gedanke überhaupt als technisch durchführbar erweist. Eine weitere selbstverständliche Voraussetzung ist die Gewähr dafür, daß die Bundesgewalt auch wirklich gegen jedes Bundesmitglied mit der gleichen sicheren Aussicht auf Erfolg eingesetzt werden kann.

Das gleiche gilt für den Vorschlag der Schaffung einer Luftflotte des Völkerbundes. Zu dem Vorschlag über die Zivilluftfahrt will ich hier nur bemerken, daß die ungehemmte Entwicklung der Zivilluftfahrt nur im freien Wettbewerb stattfinden kann. Die beste Lösung des Luftfahrtproblems in der Abrüstungskonvention scheint mir die zu sein, daß durch völlige Abschaffung der Militärluftfahrt und durch ein wirksam gesichertes Verbot des Bombenabwurfes die Sicherheit für die Welt geschaffen wird, daß diese furchtbarste aller Waffen künftig nicht mehr angewandt werden kann.

In der Aussprache übte der Vertreter Italiens, Aloisi, am französischen Abrüstungsplan eine in der Form konziliante, in der Sache aber sehr scharfe Kritik. Er erklärte, die unveränderliche Grundlage der italienischen Abrüstungspolitik sei die Verwirklichung des Grundsatzes des Artikels 8 des Völkerbundespaktes: Sicherheit und Abrüstung. Die im französischen Plan vorgeschlagenen Wege könne die italienische Delegation aber nicht gehen. Die italienische Delegation müsse feststellen, daß der Plan nicht eine einzige konkrete Maßnahme enthalte, die eine wirksame und sofortige Herabsetzung der Rüstungen ermögliche. Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen sagte der italienische Vertreter, Italien könne nicht zulassen, daß auf dem Sicherheitsgebiet Verpflichtungen eingegangen werden sollen, an denen England nicht teilnehme.

zügen kenne. Wenn die Beantwortung der Zentrumsfragen auch nur im wesentlichen den Anforderungen entsprochen hätte, die unser Gewissen zur Sicherung gegen verfassungswidrige, wirtschaftsschädigende, sozialreaktionäre und nahrungsgesährdende Experimente und zu stellen befahl, würde die Zentrumspartei in Uebereinstimmung mit ihren staatspolitischen Grundsätzen in uneigennütziger Sachlichkeit bereit gewesen sein, der Regierung die Arbeit zu ermöglichen. Auf Grund freundschaftlicher Fühlungnahme mit der Bayerischen Volkspartei war sie gewillt, daß deren Haltung durchaus von gleichen Erwägungen bestimmt war. Kaas schließt mit der Hoffnung, daß der bevorstehende Wahlkampf so geführt werde, daß der Wille zur Sammlung nicht zerstört werde.

Hugenberg übernimmt seine Ministerämter

U. Berlin, 3. Febr. Reichsminister Dr. Hugenberg übernahm am Donnerstag die Geschäfte im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Reichswirtschaftsministerium und im Reichskommissariat für die Dithlise.

Ich habe trotz der Schwere der heute damit verbundenen Aufgaben, so sagte der Minister, aus verschiedenen Gründen keine Bedenken getragen gleichzeitig mehrere Ministerien zu übernehmen. Ich habe mich dazu entschlossen, im Interesse der Sache und unter einem psychologischen Gesichtspunkt, der, wie mir scheint für uns alle von ausschlaggebender Bedeutung sein oder werden muß. Wir sind gewohnt, es so aufzufassen, als wenn zwischen den verschiedenen Berufen unseres Vaterlandes nichts bestes als Gegensätze. Wir sind im Kampfe aller gegen alle, kann man wohl sagen, mehr und mehr dahingekommen, zu glauben, Industrie und Landwirtschaft, Mittelstand, Beamtenstand usw. seien im Grunde Feinde. Der eine könne nur groß werden auf Kosten des anderen. So ist in Deutschland allmählich ein Kampf aller gegen alle entstanden. Die Bitte, die ich an die Herren zu richten habe, geht dahin: Lassen wir uns von der Tatsache durchdringen, daß im Grunde kein Gegensatz zwischen den verschiedenen Berufsständen und Wirtschaftskreisen ist, sondern daß sie alle letzten Endes in den großen grundlegenden Interessen zusammengehören und daß wir nur wieder groß werden können, wenn wir uns die Hand reichen und das Eintigende und Verbindende sehen.

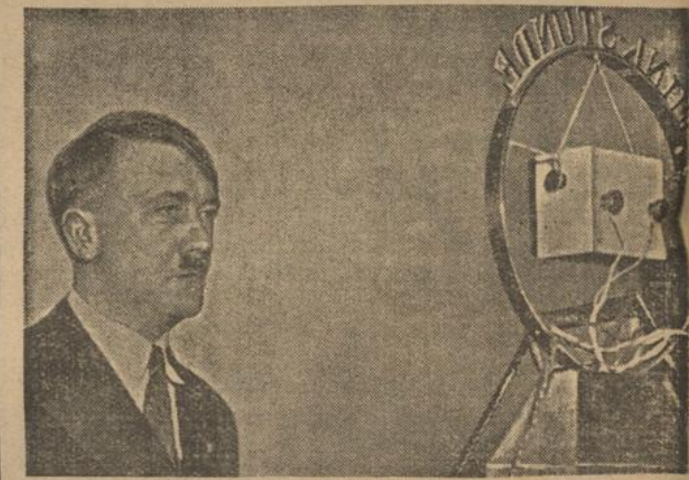
Um den Kurs der Reichspolitik

Der bayerische Ministerpräsident wünscht Aufklärung — München, 3. Febr. Der bayerische Ministerpräsident hielt in Sicht auf eine Rede, in der er zur politischen Lage im Reich und in Bayern Stellung nahm. Er konstatierte vor allem, daß die bayerische Regierung an der bestehenden Verfassung festhalte und jedem Verfassungsbruch entgegenzutreten werde. Hitler müsse jetzt zeigen, was er als Staatsmann zu leisten imstande sei. Bisher habe er nur Leistungen als Agitator aufzuweisen. Die jetzige Regierung nenne sich mit Unrecht eine Regierung der nationalen Konzentration. Wer ein echtes nationales Kabinett schaffen wolle, dürfe sich nicht von konfessioneller Enge bestimmen lassen.

Die Rundgebung der neuen Reichsregierung sei wohl gut gemeint gewesen, sie gebe aber keine Aufklärung darüber, mit welchen Maßnahmen das deutsche Volk aus seinem Elend befreit werden könne. Die bayerische Politik der letzten dreizehn Jahre habe den Forderungen in dem Aufruf der Reichsregierung entsprochen, und bei der Durchführung eines wirklichen Rettungsprogramms werde die Reichsregierung von Bayern her gewiß keine Schwierigkeiten bekommen. Voraussetzung sei, daß die Länderrechte nicht angetastet würden und man sich keine Gewalttätigkeiten zuschulden kommen lasse, die schließlich das deutsche Vaterland in seiner Einheit und Größe gefährden müßten.

Eine Aufklärung erheische die Begründung der Auflösung. Es sei eine Lüge, wenn gesagt werde, daß die Bayerische Volkspartei und das Zentrum an der Reichstagsauflösung schuld seien. Ein verfassungsmäßig berufenes Kabinett werde von der Bayerischen Volkspartei keine Opposition bekommen um der Opposition willen. Aber man könne Bayern auch nicht zumuten, daß es den treuen Diener mache, ohne zu wissen, zu welchem Ziel.

Reichskanzler Hitler bei seiner Rundfunkrede



Der Reichskanzler vor dem Mikrophon während seines Aufrufes an das deutsche Volk.

Der neue Chef des Ministeramts



Oberst v. Reichenau, vom Jahre der 1. Division in Königsberg, wurde zum neuen Chef des Ministeramts im Reichswehrministerium ernannt.

Staatsbegräbnis für die Charlottenburger Opfer

In der Nacht zum Dienstag wurden nach dem großen Fackelzug, wie berichtet wurde, in der Wallstraße in Charlottenburg ein Polizeioberwachmeister und der SA-Führer Maitowski von Kommunisten erschossen. Die beiden werden heute im Berliner Dom aufgebahrt. Beide erhalten ein Staatsbegräbnis und beide erhalten eine Ehrenwache der Berliner Schutzpolizei. Am Sonntag findet im Berliner Dom für beide eine Trauerfeier in Anwesenheit von Vertretern der Reichs- und Staatsregierung statt.

Die Berliner SA. bereitete den Toten durch eine seither noch nicht dagewesene Rundgebung eine Ehrung besonderer Art. 5000 SA-Männer zogen schweigend an der Nordseite vorüber.

Die Polizei hatte umfangreiche Schutzmaßnahmen getroffen. Vor jedem Hause der Wallstraße standen Polizeibeamte mit dem Karabiner in der Hand. Die Straße war in ihrer ganzen Ausdehnung von etwa ein Kilometer Länge menschenleer. Scheinwerfer leuchteten die Häuserfronten, die Dächer und die Balkone ab. Wo sich jemand am Fenster zeigte, wo ein Fenster geöffnet wurde, drohte die Polizei, von der Schutzwaffe Gebrauch zu machen. Der an der Spitze marschierende Sturm 83, dessen Führer Maitowski gewesen war, nahm vor dem Hause Wallstraße 24, an der Stelle, wo die beiden niedergeschossen worden sind, Aufstellung. Der ganze Zug verharrte zwei Minuten lang in feierlichem Schweigen. Dann zogen die 5000 SA-Leute an der Stelle des Doppelmordes unter dumpfem Trommelwirbel vorbei, dem bald darauf das Lied vom guten Kameraden folgte. Die Polizei begleitete den ganzen Zug durch die Wallstraße auf Kraftwagen und zu Fuß. Sämtliche Beamte hatten den Karabiner im Anschlag.

Der Briefwechsel zwischen Hitler und Kaas

Die Zentrumspartei veröffentlicht nunmehr den Wortlaut des entscheidenden Briefwechsels zwischen dem Reichskanzler Hitler und dem Reichsparteichef des Zentrums, Prälat Kaas, und zwar — wie es in der Zentrumsauslassung heißt — veranlaßt durch „die amtlichen unrichtigen Verlautbarungen und verschiedenen falschen Mitteilungen der Regierungspresse über die Haltung der Zentrumspartei“.

Der Brief des Reichskanzlers Hitler vom 1. Februar fordert ein Jahr zur Arbeit „ohne die Wechselfälle parlamentarischer Behinderungen“ und fragt, ob das Zentrum überhaupt grundsätzlich geneigt sei, der neuen Regierung etwa in der Form einer einjährigen Vertagung des Reichstages die nötige Freiheit zur Erfüllung ihrer Aufgaben zu geben. „In Ihrem Brief“, so führt der Reichskanzler fort, „stellen Sie nun Fragen, deren eingehende Beantwortung überhaupt nur dann einen Sinn haben könnte, wenn die grundsätzliche Bedingung, ob mit einer solchen einjährigen Frist einer ruhigen Arbeit der Reichsregierung gerechnet werden kann, vorher klargestellt erscheint. Diese Klarstellung ist aber unterblieben. Damit erübrigt sich für den Augenblick jede Auseinandersetzung über die von Ihnen angeführten Punkte. Denn eine Auseinandersetzung ohne das von mir erbetene Ergebnis würde im Ausgange zu einer ebenso unfruchtbaren wie mir unerwünschten Verbitterung führen; denn ich wage auch heute noch immer zu hoffen, daß, wenn schon nicht jetzt, dann in einer vielleicht nicht zu fernen Zeit eine Verbreiterung unserer Front zur Beseitigung der drohenden innerpolitischen Gefahren in unserem Volk stattfinden könnte.“ Hitler schließt mit der Hoffnung und der Bitte, daß die zu Dr. Brüning und dem Prälaten Kaas angeknüpften persönlichen Beziehungen nicht abgebrochen werden.

Unter dem 2. Februar antwortete Prälat Kaas dem Reichskanzler in einem längeren Schreiben, in dem erklärt wird, daß die Beantwortung der Fragen das Zentrum in die Lage versetzen sollte, die Frage der Duldung in dieser oder jener Form wenigstens in allgemeiner Kenntnis des beabsichtigten Regierungskurses zu entscheiden. „Dulden“ könne man verantwortlicher Weise nur, was man wenigstens in den wesentlichen Grund-

Letzten Dienstag fand im Gasthaus „zum Hirschen“ in Dachtel die jährliche Generalversammlung der Volkerei-Gesellschaft statt. Vorstand Süßer eröffnete sie mit herzlichen Begrüßungsworten an die Erschienenen. Sodann gab er einen Überblick über das vergangene Geschäftsjahr, wobei er betonte, daß der gegenwärtige Milchpreis infolge ständigen Rückgangs der Butternotierung nicht mehr bezahlt werden könne und von 11 auf 10 Pf. pro Liter herabgesetzt werden müsse. Der Absatz von Frischmilch und Butter sei heute überaus schwierig, zufriedenstellender seien die Ergebnisse der seit den letzten Jahren aufgenommenen Milchlieferungen. Nach weiteren Ausführungen zu dem bald in Kraft tretenden Tuberkulosegesetz wurde der Rechnungs- und Kassenbericht bekanntgegeben. Ihm zufolge wurden 225 Milchproben genommen, welche erfreulicherweise alle einwandfrei waren. Der Mitgliederstand hat sich um zwei erhöht. Bei den Neuwahlen der Vorstandschast und von fünf Aufsichtsratsmitgliedern wurden als Vorstandsmitglieder Georg Stöckler, Schreiner, und Wilhelm Dangler, Landwirt, als Aufsichtsratsmitglieder Bürgermeister Lehrer, Jakob Nieg, Waldmeister Karl Wiedmaier, Karl Lehner und Jakob Reuß, Schneider, gewählt. Hierauf erfolgte die Auszahlung der einbehaltenen Milchgelber, welche heuer leider wie überall kärglich ausfiel. Zum Schluß wurde nochmal das schon einmal erwähnte Tuberkulosegesetz von Bürgermeister Lehrer sowie Vorstand Süßer erläutert, wobei viele Anfragen aus der Mitte der Versammlung beantwortet werden konnten.

Der Jahresabschluss der Oberamtsparkasse Calw

Derselbe weist trotz der großen Schwierigkeiten, die sich in unserem Wirtschaftsleben auch im abgelaufenen Jahr entgegenstellten, eine erfreulich günstige Weiterentwicklung dieses öffentlichen Geldinstituts aus. Die Einlagen betragen auf Jahresabschluss R.M. 5 009 374.— Der Umsatz auf einer Tagbuchseite beträgt R.M. 46 584 831.— Beide Zahlen zeugen deutlich von dem Vertrauen, das die Bezirksbevölkerung ihrer Sparkasse entgegenbringt. Der nach entsprechendem Abschrieb an Wertpapieren usw. verbleibende Reingewinn von R.M. 22 348.— wurde bis auf R.M. 2000.—, welche dem Bezirkswohlthätigkeitsverein als Beitrag für die Winterhilfe überwiesen wurde, den Vermögensrücklagen, die auf Jahresabschluss R.M. 251 274.— ausmachen, zugewiesen. Die Bilanz weist genügend flüssige Mittel zur Aufrechterhaltung der Zahlungsbereitschaft aus.

Wetter für Sonntag und Montag

Von Frankreich ist Hochdruck nach Deutschland vordringend. Ueber Skandinavien liegt eine starke Depression, die aber nur mäßigen Einfluß gewinnen dürfte, so daß für Sonntag und Montag zwar zeitweilig heiteres, aber nicht beständiges Wetter zu erwarten ist.

*

Neuhengstett, 3. Febr. Zu dem Bericht über die Jahreshauptversammlung des Westgaus des S. B. in Gochingen ist berichtend nachzutragen, daß die „Eintracht“ Neuhengstett die Durchführung eines Preisfingens beantragt hatte. Erst die Abstimmung ergab eine große Mehrheit für ein Wertungsfingens, so daß nun ein solches beim 28. Gauktiegefest in Neuhengstett abgehalten werden wird.

Waldberg, 2. Febr. Gestern verließ Forstmeister Bögele mit seiner Familie nach etwa 10jähriger Tätigkeit das hiesige Forstamt, um das von ihm gekaufte Gut Dautenmühle D. M. Biberach zu bewirtschaften. Zu seinem Nachfolger im Amt ist Oberförster Frey von Gbingen ernannt worden, der demnächst nach hier übersiedeln wird.

Stuttgart, 3. Febr. Gestern nachmittag wurde durch den Sturm ein im 1. Stock eines Hauses der Gartenstraße angebrachter Fensterrahmen auf die Straße geworfen. Hierbei wurde ein 15 Jahre altes Mädchen an den Kopf getroffen und verletzt. — In der Schichtstraße wurde um die gleiche Zeit ein Lichtleitungsmaß ebenfalls durch den Sturm umgeworfen. Hierbei wurde eine 23 Jahre alte Angehörige an den Kopf getroffen. Sie erlitt eine nicht unerhebliche Kopfverletzung.

Stuttgart, 3. Febr. Da immer noch verbreitet wird, daß Erdstrahlen, sowie Wasseradern mit Krebskrankheit irgendwie urächlich zusammenhängen, hält sich die Medizinische Fakultät der Universität Tübingen für verpflichtet, in einer Erklärung leichtfertige Behauptungen zu widerlegen.

Württembergischer Landtag

Vom Aeltestenrat des Landtags

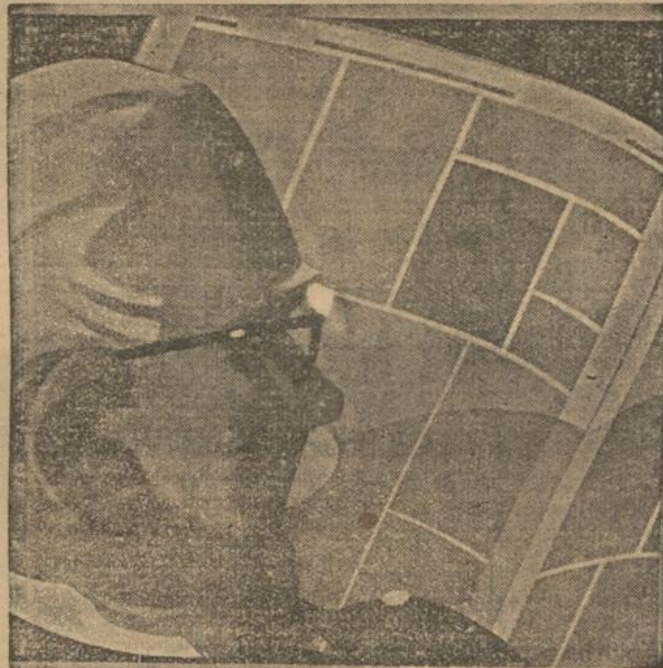
Im Aeltestenrat wurde in einer scharfen Aussprache an dem Verhalten des Landtagspräsidenten Mergenthaler im Landtag Kritik geübt. Von verschiedenen Seiten wurde erklärt, daß der Landtagspräsident sein Amt ganz einseitig und als Parteinteressenvertreter führe. Präsident Mergenthaler verwahrte sich nachdrücklich gegen diese Vorwürfe. Nach langer Debatte wurde zum Schluß ein Antrag Andre (Zentrum) angenommen, daß der Sonderausschuß für Geschäftsordnungsfragen zusammenzutreten soll, um den § 69 der Geschäftsordnung („Wegen fortgesetzter gröblicher Verletzung der Ordnung kann der Präsident ein Mitglied nach wiederholter Androhung von der Sitzung ausschließen und, wenn nötig, aus dem Sitzungssaal entfernen lassen“) wieder herzustellen, unter der Voraussetzung, daß dann ein anderer Geist in die Verhandlungen kommt und alle Parteien dazu beitragen, das Ansehen des Landtags zu wahren.

Der im Anschluß an die Sitzung des Aeltestenrats zusammengesetzte Sonderausschuß nahm nach Ablehnung eines weitergehenden nationalsozialistischen Antrags den Antrag Andre auf Wiederherstellung des § 69 in der oben angeführten Form an. Dieser Ausschlußantrag soll nunmehr dem Landtag zur Annahme vorgelegt werden.

S. A. und Polizei

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat folgende Anfrage an die Regierung gerichtet: Bei einer nationalsozialistischen Kundgebung auf dem Marktplatz in Leonberg am 31. Januar hat nach dem Bericht eines Leonberger Volksblattes das Oberamt angeordnet, daß die anwesenden S. A.-Truppen der Polizei zur Hilfeleistung unterstellt wurden. Welche Maßnahmen gedenkt das Staatsministerium zu ergreifen, um diese Gefährlichkeit zu ahnden und ähnliche Vorgänge für die Zukunft unmöglich zu machen?

Allen müssen Sie es sagen, was Sie anbieten haben - durch das Zeitungs-Insertat



Kein Kunde kann bei Ihnen kaufen - wenn er nichts von Ihnen weiss

Fliegerchickal

Das Schicksal der beiden norwegischen Flieger Omstedts und Hagenaes, die vor etwas mehr als 2 Wochen von London nach Oslo fliegen wollten, und unterwegs verschollen sind, scheint sich jetzt aufzuheben. Bei Lilleand an der Südküste Norwegens fand ein Fischer an der äußersten Klippe den Flügel eines Flugzeuges, der völlig zerplittert war. Es handelt sich zweifellos um den Flügel des Flugzeuges der beiden verschollenen norwegischen Flieger.

Bermischtes

Der abgeschchnittene Finger als Antwort.

Ein französischer Gelehrter, zu dessen Sondergebiet die Radiumforschung gehörte, erhielt kürzlich eine Zahlungsaufforderung vom Finanzamt. Die Behörde hatte ihn schon einmal gemahnt und war verärgert worden: „Ich kann im Augenblick nicht zahlen, da ich meine gesamten Mittel verwandt habe, um ein Radiumsonderverfahren zu erproben.“ Die Behörde glaubte nun besonders höflich zu sein, wenn sie gleichzeitig mit der Mahnung anfragte: „Hat Ihr Verfahren Erfolge gezeitigt, sodas Sie jetzt zahlen können?“ Die Antwort ließ nicht lange auf sich warten. Sie war außerdem überraschend kurz. Der Arzt schickte nur einen Finger: „Er ist mir mit samt der ganzen Hand als Folge meiner Arbeit mit Radiumpräparaten abgenommen worden.“ Das sollte also heißen: Mit Zahlung der Steuer ist jetzt noch weniger zu rechnen als früher. Leider verstand die Steuerbehörde den etwas blutigen Humor durchaus nicht. Sie fühlte sich vielmehr beleidigt und strengte gegen den Gelehrten, der seiner Wissenschaft und dem Allgemeinwohl Vermögen und Hand geopfert hatte, eine Beleidigungsklage an. Man kann sich vorstellen, daß die Mahnmaße des Finanzamtes allgemeine Ablehnung gefunden hat. Das Gericht scheint es auch nicht eilig zu haben, die Entscheidung zu fällen, die es wahrscheinlich in Gegensatz zum Finanzamt bringen wird.

Turnen und Sport

Fußballspiele am Sonntag

A-Klasse, Gruppe 4:

- Calw 1. — Neubulach 1.
- Eftringen — Halterbach
- Stammheim — Liebenzell
- Nagold — Altburg
- Altensteig — frei —

B-Klasse, Gruppe 2:

- Egenhausen — Oberschwandorf

Calw hat den F. V. Neubulach als Gast und wird wohl den Gegner ohne Punkte nach Hause reisen lassen. — Auf eigenem Platz spielt Eftringen gegen Halterbach, um weitere Punkte einzuheimen. — Auch Stammheim, das den F. V. Liebenzell empfängt, will trotz der letztsonntäglichen Niederlage wieder ehrenhalber zu Punkten kommen. — Nach einem Sieg wird Altburg wieder eine Niederlage hinnehmen müssen, denn die Reise geht nach Nagold, dem Tabellenzweiten.

Tabellenstand

Kreis Eng-Nekar A-Klasse, Gruppe 4

Spiele	Tore	Punkte	
Calw	14	66:17	25
Nagold	13	53:15	21
Liebenzell	13	57:32	15
Altburg	13	38:41	13
Altensteig	11	30:29	10
Neubulach	12	25:36	10
Stammheim	12	23:47	8
Halterbach	12	27:43	5
Eftringen	12	21:53	5

B-Klasse Gruppe 2

Spiele	Tore	Punkte	
Emmingen	11	31:19	13
Altensteig	10	23:12	12
Gochingen	10	18:20	10
Leinach-Zavelstein	9	20:27	9
Oberschwandorf	9	10:28	3
Egenhausen	9	9:42	2
Calw II (a. K.)	10	50:11	17

Geld-, Volks- und Landwirtschaft

Börse

Stuttgart, 3. Febr. An der Börse herrschte große Geschäftsstille bei abrückenden Kursen auf dem Aktien- wie auf dem Rentenmarkt.

U. Berliner Produktenbörse vom 1. Febr.

Weizen märk. 187-189; Roggenmärk. 153-155; Braugerste 165-175; Futter- und Industrieergerste 158-164; Hafer märk. 114-117; Weizenmehl 22,50-25,75; Roggenmehl 19,80 bis 21,75; Weizenkleie 8,10-8,50; Roggenkleie 8,70-9; Bistortaerbsen 20-23; K. Speiseerbsen 19,50-21; Futtererbsen 12 bis 14; Peluschken 12-13,50; Ackerbohnen 12,50-15; Wicken 13,50-15,50; Lupinen blaue 8-10; dto. gelbe 11,50-12,75; Geradella neue 17-23; Leinfuchsen 10,50; Erdnußkuchen 10,60; Erdnußkuchennmehl 50 Prozent ab Hamburg 10,60-10,70; Trockenrüben 8,80; Extrahiertes Sojabohnenschrot ab Hamburg 9; dto. ab Stettin 10; Kartoffelstroh 13,20-13,30. — Allgemeine Tendenz: abgeschwächt.

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die lokalen wirtschaftlichen Verhältnisse in Betracht kommen. Die Schriftleitung.

Lichtspiele Bad.-Hof / Calw

Morgen Sonntag mittag 1/4 Uhr, abds. 8 Uhr

TOM MIX

in den

Goldmienen von Santa Paxi

In tausend kühnen Ritten auf dem Rücken seines Pferdes und im verwegenen Kampf hoch oben in den Lüften — in dem Flugzeug zeigt sich der größte Cowboy-Darsteller TOM MIX (7 Akte)

Als Einlage:

Sein Herzensjunge

(7 Akte)

Von Erdteill zu Erdteill

(1 Akt)

Jugendliche haben Zutritt

Freiwillige Sanitätskolonne Calw

Morgen Sonntag 8 Uhr

Geländeübung

Vollständiges Erscheinen ist Pflicht.

Mädchen

Lüchtiges, fleißiges, ehrliches Mädchen für Landwirtschaft per sofort gesucht Jakob Hanjelmann Liebelsberg

Stredjame vertrauenswürdig Person

bekommt von erster Teigwarenfabrik Lager mit Verkauf. Niederlagen werden auch an kleineren Ortschaften erichtet. Angeb. unter L. S. 29 an die Gech.-St. ds. W/

Christliches Mädchen

zur Mithilfe im Haushalt für sofort gesucht.

Hengstetter Steige 44

21 jähriges Mädchen vom Lande das schon gedient hat, (gute Zeugnisse vorhanden), im Kochen und Nähen sowie in allen sonstigen Hausarbeiten gut bewandert ist, sucht Stelle für sofort oder später. Wer, jagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Baumstück

(1-1 1/2 Morgen groß) in der Nähe Calws zu kaufen gesucht. Angebote unter N. P. 28 an die Gech.-Stelle dieses Blattes.

Strumpfparaturen

Lassen Sie Ihre Strumpfen reparieren nur bei Franz Schoenen machen

3-Zimmer-Wohnung

Sonnige auf 1. April, eventl. 1. März zu vermieten. Friseur Obermatt.

4-Zimmer-Wohnung

zu vermieten Bahnhofstraße 18.

Die Rettung

vor schlechtem Geschäftsgang ist und bleibt die Anzeigenwerbung. Geben Sie heute noch eine Anzeige im Calwer Tagblatt auf.

Wohnung mit 3 Zimmern

Einen bereits neuen mit 3 Zimmern hat sofort zu vermieten. 3. Ober

Sofa

hat zu verkaufen G. Bullinger Ottenbronn

Senden Sie Ihren Angehörigen im Ausland das Calwer Tagblatt!

Amtl. Bekanntmachungen Deffentliche Aufforderung zur Abgabe von Steuererklärungen für 1932

Die Steuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Umsatzsteuer sind in der Zeit vom **15. bis 28. Februar 1933** unter Benützung der vorgeschriebenen Vordrucke abzugeben. Steuerpflichtige, die zur Abgabe einer Erklärung verpflichtet sind, erhalten vom Finanzamt einen Vordruck zugesandt. Die durch das Einkommensteuergesetz, Körperschaftsteuergesetz und Umsatzsteuergesetz begründete Verpflichtung, eine Steuererklärung abzugeben, auch wenn ein Vordruck nicht übersandt ist, bleibt unberührt; erforderlichenfalls haben die Pflichtigen Vordrucke vom Finanzamt anzufordern.

Raffen- und Sprechstunden nur von 8-12 Uhr.
Hirsau, 4. Februar 1933.

Das Finanzamt.

Stadtgemeinde Calw.

Zu dem am nächsten **Mittwoch, den 8. Febr. 1933** stattfindenden



Bieh- und Schweinemarkt

ergeht Einladung.
Die üblichen gesundheitspolizeilichen Bedingungen sind einzuhalten. Die Schweinehändler haben bis zur Vornahme der tierärztlichen Untersuchung der Schweine bei ihren Körpern und Rippen zu bleiben, welche zuvor nicht geöffnet werden dürfen.

Bürgermeisteramt: Göhner.

Zwangsversteigerung

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die auf Markung Stammheim N. Calw belegenen, im Grundbuch von da, Heft 1212, Abteilung 1 Nr. 4 bis 6, zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen der **Anna Wittus**, geb. Kirchherr, Witwe des Friedrich Wittus, Schreinermeisters in Stammheim, eingetragene Grundstücke

Obj. Nr. 269, 3 a 38 qm Wohnhaus, Werkstätt und Hofraum
Parz. Nr. 964/2, 1 a 31 qm Gemüsegarten,
Parz. Nr. 964/3, 1 a 18 qm Einfahrt, auf der Egart,
am 20. Januar 1933 auf zusammen 6000 RM. Verkehrs-
wert amtlich geschätzt.

**am Donnerstag, den 23. März 1933,
nachmittags 2 Uhr,**

auf dem Rathaus in Stammheim versteigert werden.

Der Versteigerungsvermerk ist am 22. Dezember 1932 in das Grundbuch eingetragen.

Es ergeht die Aufforderung, Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Diejenigen, welche ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöses an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Calw, den 1. Februar 1933.

Kommissär: Bezirksnotar Hirth.

Wer Vieh züchtet oder mästet wird es

mit größerem Gewinn tun, wenn er dem Futter tüchtig **M. Brodmanns „Zwerger-Mark“**, die bewährte gew. Futterkalk-Mischung (physiologisch vollkommene Nährsalz — kein gewöhnlicher Futterkalk), zusetzt. Erstaunliche Erfolge, auch in der Kugel- und Kaninchenhaltung! Keine Knochenkrankungen!

Nur echt in Original-Packungen mit nebenstehender Schutzmarke — lose ausgewogener Futterkalk ist nie „Zwerger-Mark“! Verlangen Sie gratis in unseren Verkaufsstellen oder direkt von uns „M. Brodmanns Ratgeber“ (6. Ausgabe), er sagt Ihnen, wie man gesund und billig füttert.

Chem. Fabrik m. b. H., Leipzig-Eutr. 35 g

Zu haben: In Calw bei: Carl Bernsdorff, Ritter-Drogerie. In Liebenzell in der Drogerie Himperich. In Neuweiler bei: S. G. Hall, Gemischtwaren. In Althengstett bei: Carl Straile, Gemischtwaren. In Obergeigenbach bei: Fr. Volz, Hdlg. In Gehingen bei: Ferdinand Breiting, Gemischtwaren; R. Dipp; G. Schwarz. In Stammheim bei: Hermann Vöfler, Samenhdlg.; Gottl. Sattler, Kolw.; W. Schwarz, Gemischtwaren. In Neuhengstett bei: Ludwig Baral, Gemischtwaren. In Oberkollbach bei: Fr. Volz, Hdlg. In Unterhangstett: bei: Friederike Frieder, Kolw.

Sie schädigen sich selbst,

wenn Sie eine Zeitung halten, die nicht in der Lage ist, Sie mit den Wirtschaftsfragen auf dem Laufenden zu halten, die für Sie und Ihre Wirtschaft in Betracht kommen.

Vor Schaden bewahren Sie sich, wenn Sie eine Zeitung lesen, die ein genaues Spiegelbild des gesamten Wirtschaftslebens des Bezirks gibt. Darum bestellen Sie das „**Calwer Tagblatt**“, das Sie über alle Vorkommnisse im Bezirk unterrichtet.

Oberamts Sparkasse Calw

Abschlussbilanz auf 31. Dezember 1932

Forderungen:	R Mk.	Verpflichtungen:	R Mk.
Kasse	14 356.82	Spareinlagen	4 406 442.26
Sorten und Devisen	2 167.66	Depositeinlagen	32 000.—
Zinsscheine	329.89	Giro- und Kontokorrenteinlagen	570 931.83
Reichsbank	665.20	Anlehen	18 184.54
Württ. Notenbank	1 127.72	Sonstiges	7.15
Postsparkasse Stuttgart	3 368.57	Vermögensrücklagen	251 274.72
Städt. Sparkasse Pforzheim	590.55		
Wechsel	113 288.80		
Württ. Girozentrale	419 631.10		
Deffentl. Bau Sparkasse Stuttgart	4 700.—		
Wertpapiere	478 766.76		
Giro- und Kontokorrent-Kredite	1 258 292.49		
Darlehen	2 927 594.25		
Einrichtung	1.—		
Grundstücke	36 501.—		
Zinsen (Stückzinsen)	14 634.27		
Sonstiges	2 824.42		
R Mk. 5 278 840.50		R Mk. 5 278 840.50	

Sahresumfag auf einer Tagbuchseite R Mk. 46 584 831.59
Calw, den 30. Januar 1933.

Oberamts Sparkasse Calw:
Unger. Riengle.

KAUFHAUS SCHOCKEN PFORZHEIM

Rock und Bluse

Bluse, Kunstseiden-Maroc, Hohlraum und Stickerei	3 85
Rock, nips, seiliche, aller. anse, marine und braun	3 85
Bluse, Kunstseiden-Maroc, Blusen und Knöpfe	4 85
Rock, nips, reine Wolle, nopi-Garnierung und Falten	4 85
Bluse, Kunstseiden-Maroc, schof-form und Gürtel	5 85
Rock, reine Wolle in sich gemustert, Knöpfe und Falten	4 85

17 Inseratform 0034/34

Sie wollen schlanker werden?
Ihr Herz hat Mühe mitzukommen? Das schnelle Atmen macht Ihnen Beschwerden?
Nehmen Sie doch Sani Drops!
„In den letzten 7 Wochen habe ich, seit ich Sani Drops nehme, an Körpergewicht 17 Pfund verloren. Ich fühle mich wieder ganz wohl.“
Sani Drops: Kurpackung Mk. 2.75, Notpackung Mk. 1.50
Zur Entfettung: Gelbe Drops Kurpackg. Mk. 2.75
Zu haben in den Apotheken zu Calw, Leinahr-Liebenzell

Ihre Schuhe repariert schnell, gut und billig
Herren-Sohlen Mk. 2.20 und Mk. 2.60
Damen-Sohlen Mk. 1.50 und Mk. 1.80
genäht oder geklebt Mk. 0.20 mehr
Herren-Absätze . . . von Mk. 0.90 an
Damen-Absätze . . . von Mk. 0.60 an
Machen Sie einen Versuch und Sie sind zufrieden.
Schuhinstandsetzung, Fortschritt!
Lederstraße 25 (neben dem Tagblatt)

Ab Sonntag steht in meiner Stallung ein Transport junger Arbeitspferde
Zum Kauf und Tausch ladet ein
Heim, Gehingen, Telefon 6.

RADIO-KATALOG 1933 B 1
mit allen Neuheiten für 1933 erschienen. Kostenlos und unverbindlich wird Ihnen dieser hochinteressante und ausführliche Katalog zugesandt. Schreiben Sie heute noch eine Postkarte, damit Sie sofort diesen übersichtl. Führer erhalten.
Radio-Barth Stuttgart, am Alten Postplatz

Vortrag in Calw
am Sonntag, 5. Febr., abends 8 Uhr
im Hotel „Waldborn“
Thema:
Neuzeitliche Ernährung
Redner:
S. Perffon, Pforzheim
Eintritt 30 ¢
Jedermann willkommen
Keine Restauration

Schauspielhaus Pforzheim
Sonntag, den 5. Februar nachmittags 3 1/2 Uhr
Einmalige Werbevorstellung
Jede 2. Karte ist frei
Schwarzwalddmadel
Operette in 3 Akten von Jessel
Preise: 70 ¢ bis 2.70 M

Verkaufe guterhaltene
Motorrad
Marke Spiegler 350 ccm
Jakob Rühlse Oberlengenhardt
Anzuheben Samstag und Sonntag vormittag.

Clemens Rüdinger
Helene Rüdinger
geb. Widmann
Vermählte
Calw, 4. Februar 1933

Georgenäum Calw
Mittwoch, 8. Februar, abends 8 Uhr
im Saal des Badischen Hofes
Vortrag
von
Prof. Dr. Hermann Muckermann
über
Vererbung und die Zukunft unseres Volkes.
Eintrittspreise: I. Pl. 1.— Mk., II. Pl. 0.50 Mk., Schüler 20 Pf., Arbeitslose frei (gegen Ausweis).
Alle Bewohner von Calw und Umgebung sind freundlich zum Besuch des Vortrags eingeladen.
Der Georgenäumsrat.

Schwarzwaldverein Calw
48. Generalversammlung
heute Samstag, den 4. Febr. 1933, abends 8 Uhr im „Adler“.
Tagesordnung:
1. Tätigkeitsbericht
2. Kassenbericht
3. Erjagwahl
4. Verleihung der Auszeichnung an 3 Ehrenmitglieder für 40 und mehrjährige Mitgliedschaft
Verleihung des Ehrenzeichens an 5 Mitglieder für 25-jährige Mitgliedschaft
Verteilung der Wanderabzeichen an 16 Teilnehmer
5. Vortrag über Kartentafeln mit Lichtbildern durch Wegwart Frank
6. Verschiedenes.
Die verehrlichen Mitglieder und solche, die es werden wollen, sind freundlich eingeladen.

Hotel Adler / Bad Liebenzell
Morgen **T. A. N. Z**
Sonntag

Igelsloch
Am Sonntag, den 5. Februar 1933,
im Gasthaus **Sanz**
zum „Röble“
der Besitzer wozu einladen die Kapelle

heute Samstag und morgen Sonntag
halte ich
Metzel-Suppe
und lade hierzu höflichst ein
Frau Emma Lutz zum „Lamm“

Kentheim
heute Samstag und morgen Sonntag
halte ich
Metzelsuppe
und lade hierzu höflichst ein
Wilhelm Pfrommer zum „Anfer“